

Bielefeld protestiert

Ergebnisse einer Online-Umfrage zu den Ereignissen rund
um die Demonstrationen am 10. November 2018

Zusammenfassung

Hintergrund der Studie

Am 10. November 2018 hatte die Partei „Die Rechte NRW“ einen Marsch durch Bielefeld angemeldet, an dem sich etwa 400 rechte Demonstrierende beteiligten. Zu den Gegendemonstrationen erschienen 6.000 bis 10.000 Menschen. Die Polizei hatte weite Teile der Bielefelder Innenstadt abgesperrt und war mit einem Aufgebot von ca. 2.000 Beamt_innen sowie mehreren Wasserwerfern, Räumpanzern und Reiter_innenstaffeln vor Ort. Die vorliegende Studie dokumentiert systematisch anhand von Ergebnissen einer Online-Umfrage, wie 1.308 Gegendemonstrierende das Geschehen an dem Tag wahrnahmen, welche Motive sie zur Teilnahme bewegten und wie sie insbesondere die Rolle der Polizei erlebt haben. Zudem haben sich 336 Personen an der Umfrage beteiligt, die an keiner der Gegendemonstrationen teilgenommen haben, sodass die Gesamtzahl der Befragten bei 1.644 liegt. Die Antworten der Nichtteilnehmenden werden zwar gesondert ausgewertet, an entsprechenden Stellen aber mit denen der Teilnehmenden verglichen.

Wesentliche Ergebnisse

Wichtigster Grund für die Teilnahme war die Möglichkeit, sich gegen Rechtsextremismus zu engagieren (für 90,4% der Teilnehmenden war dies ein „sehr wichtiger“ Grund). Dass vielen insbesondere die Signalwirkung wichtig war, die von den Gegendemonstrationen ausging, zeigt sich auch in den offenen Nennungen der Teilnehmenden. Ein Schwerpunkt der Studie lag auf der Wahrnehmung der beteiligten Akteursgruppen (rechte Demonstrierende, Gegendemonstrierende und Polizei) durch Teilnehmende und Nichtteilnehmende. Insbesondere die Kritik am Einsatz der Polizei fällt deutlich, aber differenziert aus. So fanden 40,5% der Teilnehmenden, dass „viel zu viele Beamt_innen“ vor Ort gewesen seien und 61,2%, dass „viel zu viel Ausrüstung“ eingesetzt worden sei. Fast zwei Drittel der Befragten (64,6%) fühlten sich durch das Vorgehen der Polizei eingeschüchtert, 57,3% fühlten sich „eher nicht“ oder „überhaupt nicht“ von der Polizei beschützt und lediglich ein knappes Drittel (31,6%) erlebte die Polizei als neutral. Hierzu wurden auch 462 Erfahrungsberichte von Teilnehmenden systematisch ausgewertet. Dabei wird deutlich, dass am häufigsten das Einsatzkonzept der Polizei und explizit nicht die Beamt_innen kritisiert wurden.

Grenzen und Ausblick

Anschließend werden methodische Limitationen der Umfrage diskutiert. Die hohe Bereitschaft zur Teilnahme an der Studie interpretieren die Autor_innen als weiterhin bestehenden Redebedarf. Dieser wird insbesondere daran deutlich, dass in weniger als einer Woche über 1.600 Menschen die Umfrage ausgefüllt und teilweise ausführliche Erfahrungsberichte verfasst haben.

Inhalt

1. Vorwort	4
2. Methodik	6
3. Stichprobe	7
4. Wahrnehmungen und Einstellungen der Teilnehmenden	9
a. Gründe für die Teilnahme	9
b. Wahrnehmung beteiligter Akteursgruppen	9
i. Wahrnehmung der rechten Demonstrierenden	10
ii. Wahrnehmung der Gegendemonstrierenden	10
iii. Wahrnehmung der Polizei	11
c. Andere Wahrnehmungen und Einstellungen	12
d. Wahrnehmungen an unterschiedlichen Orten	13
e. Auswertung offener Kommentare der Teilnehmenden	14
5. Wahrnehmungen und Einstellungen der Nichtteilnehmenden	20
a. Gründe für die Nichtteilnahme	20
b. Gemeinsamkeiten mit und Unterschiede zu den Teilnehmenden	20
c. Auswertung offener Kommentare der Nichtteilnehmenden	21
6. Grenzen und Ausblick	24
 Anhang A – Vollständige deskriptive Auswertung	 26
Deskriptive Auswertung der Daten der Teilnehmenden	26
Deskriptive Auswertung der Daten der Nichtteilnehmenden	32
Anhang B – Codetabellen zur Auswertung der offenen Kommentare	38
 Impressum	 40

1 Vorwort

Am Samstag, 10. November 2018, hatte die Partei „Die Rechte NRW“ anlässlich des Geburtstags der verurteilten Holocaustleugnerin Ursula Haverbeck zu einem Marsch durch Bielefeld aufgerufen. Dem Aufruf folgten etwa 400 Personen, die vom Bielefelder Hauptbahnhof zum Gerichtsgebäude am Niederwall und zurück zogen. Als Reaktion auf diese rechte Demonstration fand eine Reihe von Gegendemonstrationen, Versammlungen und Protesten an unterschiedlichen Orten im Bielefelder Stadtgebiet statt, die im Voraus von Gruppierungen wie dem „Bielefelder Bündnis gegen Rechts“, „Bündnis 90/Die Grünen“ und dem „Deutschen Gewerkschaftsbund“ angemeldet wurden. An diesen Gegendemonstrationen haben sich nach unterschiedlichen Schätzungen rund 6.000 bis 10.000 Menschen beteiligt. Die Polizei war mit einem Aufgebot von bis zu 2.000 Beamt_innen, Wasserwerfern, Räumfahrzeugen und Reiter_innenstaffeln im Einsatz und hatte Bereiche der Bielefelder Innenstadt weitläufig abgesperrt.

Bereits im Vorfeld der Demonstrationen war über die Genehmigung der rechten Demonstration, bzw. der Demonstrationsroute durch die Bielefelder Innenstadt, ebenso diskutiert worden wie über den geplanten Personal- und Materialaufwand der Polizei und die zu erwartenden Gegendemonstrationen. Ab dem Tag der Demonstrationen selbst wurde teils heftig über Pro und Contra des Einsatzkonzepts der Polizei diskutiert und in der folgenden Woche waren die Ereignisse rund um die Demonstrationen am 10. November fast täglich Thema in den lokalen Medien. Die Artikel, Kommentare und Diskussionsbeiträge legten nahe, dass es weiterhin großen Gesprächsbedarf gab. Vor diesem Hintergrund entstand die Idee zur vorliegenden Studie. Das Institut für interdisziplinäre Konflikt- und Gewaltforschung (IKG) beschäftigt sich seit 21 Jahren mit Phänomenen wie Konflikten, Rechtsextremismus und Protest. Es lag nahe, dass sich eine Gruppe von Wissenschaftler_innen bildete, die in der Konzeption und technischen Umsetzung von Umfragen unterschiedlichen Formats erfahren sind. Der Leitgedanke der Studie war es, die Wahrnehmungen und Erfahrungen der Menschen, die am 10. November an den unterschiedlichen Gegendemonstrationen teilgenommen hatten, an neutraler und wissenschaftlicher Stelle zu sammeln, zu dokumentieren, zu systematisieren und die Ergebnisse der interessierten Öffentlichkeit bereitzustellen.

Über diese Absicht einer möglichst unabhängigen wissenschaftlichen Dokumentation hinaus bestand und besteht keine Intention, sich innerhalb der laufenden Diskussionen zu positionieren. Die Studie erhielt keinerlei externe finanzielle Unterstützung, entstand ohne Einflussnahme von außerhalb und die gesammelten Daten wurden und werden nicht an Dritte weitergegeben. Die Beteiligung an der Umfrage war vollkommen anonym und freiwillig. Nur so ließ sich sicherstellen, dass Befragte uns ihre oft sehr persönlichen Erfahrungen anvertrauen würden. Die vorliegende Studie soll allen Interessierten und

relevanten Akteur_innen die Möglichkeit geben, die Ereignisse vom 10. November und deren Wahrnehmung auf Basis empirischer Daten einzuordnen und bei Interesse entsprechend aufzuarbeiten. Damit eine entsprechende Einordnung vorgenommen werden kann, ist eine methodenkritische Reflektion der Studie ebenso wichtig wie Transparenz. Der vorliegende Bericht umfasst daher die Beschreibung von Kontext und Methodik der Studie ebenso wie zentrale Ergebnisse der Auswertung der gesammelten Daten. Zusätzlich sind die Gesamtheit der gestellten Fragen sowie alle deskriptiven Ergebnisse, differenziert nach Teilnehmenden und Nichtteilnehmenden, aufgeführt.

Wir hofften auf ein paar Hundert Freiwillige, die sich an unserer Umfrage beteiligen würden, um einigermaßen verlässliche Aussagen über die Wahrnehmungen während der Demonstrationen treffen zu können. Am Samstag, 17. November, also eine Woche nach den Demonstrationen, druckte die *Neue Westfälische* einen kurzen Hinweis auf die Studie ab. Am Abend des nächsten Tages hatten bereits 878 Menschen den Fragebogen komplett ausgefüllt. Es sollten insgesamt 1.644 werden, bevor die Datenerhebung am 22. November abgeschlossen wurde. Der Gesprächsbedarf bestand offenbar weiterhin und die Umfrage wurde sowohl über 1.300 Menschen genutzt, die sich an mindestens einer der Gegendemonstrationen beteiligt hatten, als auch von mehreren Hundert Menschen, die sich nicht beteiligt hatten. Auch die Einschätzung dieser Befragten ist uns als „Vergleichsgruppe“ wichtig, um die Außenwahrnehmung dessen nachzeichnen zu können, was sich am 10. November in Bielefeld ereignet hat.

Viele der Befragten haben neben ihrer Zustimmung oder Ablehnung der in Fragebögen üblichen geschlossenen Aussagen auch ausführliche Berichte von ihren Erlebnissen verfasst. Umgerechnet haben sich Menschen insgesamt über 250 Stunden, also mehr als 10 Tage Zeit genommen, an der Umfrage teilzunehmen. Die überwältigende Teilnahmebereitschaft an der Studie – das ist bereits eines ihrer zentralen Ergebnisse – spiegelt einen fortbestehenden und massiven Gesprächsbedarf von vielen wider, die am 10. November an einer der Gegendemonstrationen teilgenommen haben. Auch diejenigen Befragten, die selbst nicht teilgenommen hatten, sind durch die Ereignisse nicht unbeeinflusst geblieben. Unser Eindruck im Lichte der Daten ist, dass die Aufarbeitung der Ereignisse rund um die Demonstrationen und den begleitenden Polizeieinsatz noch nicht abgeschlossen ist – zumindest nicht aus Sicht der 1.644 Menschen, die sich an der Umfrage beteiligt haben. Der Anspruch der vorliegenden Studie ist es, ihren Eindrücken und Erfahrungen Ausdruck zu verleihen und so einen empirischen Beitrag zur Diskussion der Ereignisse vom 10. November zu leisten. Nicht mehr, aber auch nicht weniger.

2 Methodik

Der verwendete Fragebogen wurde als Online-Studie programmiert und vom Morgen des 17.11. bis zum Abend des 22.11.2018 zur Teilnahme für Freiwillige geöffnet. Veröffentlicht wurde der Link zur Studienteilnahme über die Print-Ausgabe sowie die Facebook-Präsenz der *Neuen Westfälischen*, verbreitet im Anschluss durch die jeweilige Leser_innenschaft bzw. Follower_innen auf Facebook, sodass die Studie weitgehend unabhängig von der Forschungsgruppe beworben wurde. Der Fragebogen selbst umfasste hauptsächlich geschlossene Antwortformate, bei denen bestimmte Aussagen angeboten wurden und die Befragten den Grad ihrer Zustimmung oder Ablehnung in Reaktion auf die entsprechende Aussage angeben konnten. Dabei wurde bewusst eine Antwortskala mit Mittelkategorie verwendet, um Teilnehmenden die Option einer neutralen Antwort zu geben. Aufgrund der verwendeten 5-stufigen Skala können Antworten kleiner 3 als links, Antworten größer 3 als rechts der Skalenmitte verstanden werden, wobei der Grad der Abweichung von der Skalenmitte jeweils einzeln statistisch auf Bedeutsamkeit überprüft werden kann. Die entsprechenden statistischen Kennwerte berichten wir der besseren Lesbarkeit wegen als Fußnoten. Um eine gängige Einschränkung geschlossener Antwortformate zumindest teilweise zu umgehen, enthielt der Fragebogen auch offene Formate, sodass eigene Eingaben vorgenommen werden konnten. Insbesondere bestand in einem offenen Feld am Ende der Umfrage die Möglichkeit, relevante persönliche Erfahrungen und Meinungen über die in den geschlossenen Fragen abgebildeten Themenbereiche hinaus zu berichten. Die vielfältigen Angaben, die hier gemacht wurden, sind nicht unmittelbar quantitativ zu beschreiben und wurden daher qualitativ ausgewertet. Die Teilnahme an der Umfrage erfolgte selbstverständlich freiwillig und anonym. Es stand Teilnehmenden jederzeit frei, die Umfrage zu beenden oder einzelne Fragen, insbesondere zum eigenen demographischen Hintergrund, unbeantwortet zu lassen.

Die folgende Darstellung umfasst die Angabe von sowohl Prozent- als auch Mittelwerten und Standardabweichungen. Prozentangaben beziehen sich dabei darauf, wieviel Prozent der befragten Gruppe die jeweilige Antwortkategorie in Reaktion auf eine entsprechende Aussage gewählt haben. Dass sich diese Prozentangaben innerhalb einer Fragestellung nicht immer auf 100 Prozent aufsummieren lassen, ist auf verweigerte Antworten bei einzelnen Fragen zurückzuführen. Mittelwerte (M) beschreiben das arithmetische Mittel, also den Durchschnitt aller Antworten der jeweiligen Gruppe. Standardabweichungen (SD) sind ein Maß für die Breite der Verteilung aller Antworten um den zugehörigen Mittelwert.

3 Stichprobe

Von den insgesamt 1.644 Befragten, die durchschnittlich 9 Minuten und 18 Sekunden benötigten, um den Fragebogen auszufüllen, gaben 1.308 an, an mindestens einer der Gegendemonstrationen am 10. November 2018 teilgenommen zu haben. Im Sinne der leichteren Lesbarkeit des Berichts werden wir uns im Folgenden auf diese Gruppe als die *Teilnehmenden* beziehen. Die übrigen 336 Befragten verneinten die Frage, ob sie an einer der Gegendemonstrationen teilgenommen haben. Bis auf wenige Ausnahmen war der Fragebogen für diese Befragten dennoch identisch und der Bericht bezieht sich an entsprechenden Stellen auf die Gruppe der *Nichtteilnehmenden*, um Vergleiche anzustellen, z.B. hinsichtlich der Wahrnehmung der verschiedenen Akteure und des Demonstrationsgeschehens.

Teilnehmende waren im Durchschnitt etwas älter ($M = 37,4$ Jahre, $SD = 13,8$) als Nichtteilnehmende ($M = 35,6$ Jahre, $SD = 13,0$)¹. Das Geschlechterverhältnis war in beiden Gruppen ähnlich². Beide Gruppen unterschieden sich hinsichtlich der Häufigkeit, mit der sie zuletzt durchschnittlich an Demonstrationen teilgenommen hatten: Hier lagen die Nichtteilnehmenden zwischen „keiner“ und „einer“ ($M = 1,85$, $SD = 1,19$) und die Teilnehmenden zwischen „einer“ und „zwei Demonstrationen“ in den vergangenen 12 Monaten ($M = 2,52$, $SD = 1,45$)³. Nach ihrer politischen Orientierung gefragt, verorteten Teilnehmende sich zwar etwas weiter links ($M = 2,03$, $SD = 0,58$) als Nichtteilnehmende ($M = 2,35$, $SD = 0,79$)⁴, es fällt allerdings auf, dass sich beide Gruppen klar als „links“ der Skalenmitte einordnen⁵.

Geschlecht	Teilnehmende	Nichtteilnehmende
männlich	41,1%	45,8%
weiblich	55,6%	52,1%
anderes	1,0%	0,6%

Das Merkmal Geschlecht wurde offen, also ohne vorgegebene Kategorien, erfragt und nachträglich codiert.

Die vier am häufigsten genannten Orte, an denen sich Teilnehmende während der Demonstrationen aufhielten, waren Jahnplatz (15,6%), Rathaus (15,0%), Hauptbahnhof (14,1%) und Landgericht (6,2%). Ein Großteil der Befragten (20,4%) gab an, an mehreren Orten demonstriert zu haben. Für die vorliegende

¹ $t(1606) = 2,13$, $p = ,03$.

² $\chi^2(N = 1608, df = 2) = 2,44$, $p > ,20$.

³ $t(1642) = 7,77$, $p < ,001$; Skala von 1 = „keine“ bis 5 = „4 oder mehr Demonstrationen in den letzten 12 Monaten“.

⁴ Die Skala reichte von 1 = „sehr links“ bis 5 = „sehr rechts“.

⁵ t -Test auf Unterschiedlichkeit von der Skalenmitte (3) für Teilnehmende: $t(1284) = 59,71$, $p < ,001$; für Nichtteilnehmende: $t(336) = 15,0$, $p < ,001$.

Auswertung ist dabei vor allem relevant, dass sich Teilnehmende von ganz unterschiedlichen Standorten in der Bielefelder Innenstadt an der Umfrage beteiligt haben und so ein breites Spektrum an Wahrnehmungen und Eindrücken in die Studie eingeht.

4 Wahrnehmungen und Einstellungen der Teilnehmenden

a. Gründe für die Teilnahme

Die Teilnehmenden wurden zunächst gebeten, verschiedene Gründe für ihre Teilnahme an den Demonstrationen nach Wichtigkeit einzustufen. Hierbei wurde die Möglichkeit, sich gegen Rechtsextremismus zu engagieren, von fast allen Befragten (90,4%) als „sehr wichtiger“ Grund angegeben. Dieser Grund war damit der vorrangige neben der Möglichkeit, sich für Demokratie und ein buntes und weltoffenes Bielefeld zu engagieren (79,3%). Räumliche Nähe, also die Tatsache, dass die Demonstration in unmittelbarer Umgebung stattfand, war für etwas mehr als ein Drittel der Befragten (39,2%) „sehr wichtig“.

In einem offenen Format konnten weitere Gründe für die Teilnahme genannt werden, was von insgesamt 201 Befragten genutzt wurde. Inhaltlich lassen sich die zusätzlich genannten Gründe grob einteilen in die sich teilweise überlappenden Kategorien *Signalwirkung der Teilnahme* (z.B. „Zeichen gegen Rechts setzen“, „Zu zeigen, dass es mehr Demokraten als Nazis gibt!“, „Präsenz zeigen gegen Rechts“, „Klares Zeichen gegen Antisemitismus setzen“, „Ein Zeichen gegen Rassismus zu setzen“) und *Lokalbezug* (z.B. „Zu zeigen, dass Rechte in unserer Stadt nichts zu suchen haben“, „Nazis keinen Platz in Bielefeld zu geben“, „Meine Heimatstadt darin zu unterstützen, auch dieses Mal ein friedliches und deutliches Zeichen für Weltoffenheit und kulturelle Vielfalt zu setzen“). Auffällig war darüber hinaus die häufig genannte Kategorie *Kinder und Vorbildfunktion* (z.B. „Meinen Kindern demokratische Grundwerte vermitteln“, „Meinen Kindern zu zeigen, dass man sich engagieren muss“, „Meiner Tochter zu zeigen, dass politisches Engagement wichtig ist“, „Vorbild für unsere Kinder zu sein“). Auch ein *Historischer Bezug* wurde gelegentlich hergestellt (z.B. „Die Geschichte darf sich nicht wiederholen!“, „gegen Holocaustleugnung engagieren“, „Die Tatsache, dass einen Tag zuvor das Gedenken an die Pogromnacht vor 80 Jahren war“)⁶.

b. Wahrnehmung beteiligter Akteursgruppen

Einen Schwerpunkt der Befragung stellten Fragen danach dar, wie die drei Akteursgruppen wahrgenommen wurden, die maßgeblich an den Demonstrationen am 10. November beteiligt waren: Die Teilnehmenden an der rechten Demonstration, die Teilnehmenden an den Gegendemonstrationen und die Polizei. Außerdem waren die Fragen zu den Teilnehmenden an der rechten Demonstration bzw. den Gegendemonstrationen weitgehend parallel gehalten, um unterschiedliches Antwortverhalten einzig aufgrund von Formulierungsunterschieden ausschließen zu können.

⁶ Rechtschreib- und Zeichensetzungsfehler im Originaltext sind an dieser Stelle im Sinne einer besseren Lesbarkeit des Berichts korrigiert, ohne dabei den Inhalt der Nennungen zu verändern.

i. Wahrnehmung der rechten Demonstrierenden

Die Teilnehmenden an der rechten Demonstration wurden von Gegendemonstrierenden als eher gewaltbereit, rechtsextrem und Gefahr für den gesellschaftlichen Frieden wahrgenommen. Weniger eindeutig fällt die Forderung von Verboten rechter Demonstrationen aus. Die Wahrnehmung eines hohen Gewaltpotenzials unter den rechten Demonstrierenden teilten 64,1% der Gegendemonstrierenden „eher“ oder „voll und ganz“ ($M = 3,82$, $SD = 1,04$). Die Teilnehmenden der rechten Demonstration als „Rechtsextreme“ zu bezeichnen, fanden Befragte angemessen – 95,6% stimmten der entsprechenden Aussage „eher“ oder „voll und ganz“ zu ($M = 4,77$, $SD = 0,61$). Ebenso einhellig schätzten Befragte die rechten Demonstrierenden als Gefahr für den gesellschaftlichen Frieden ein ($M = 4,76$, $SD = 0,62$; 95,0% Zustimmung mit „eher“ oder „voll und ganz“). Veranstaltungen wie die rechte Demonstration in Zukunft zu verbieten, finden die Befragten tendenziell zwar angemessen ($M = 3,53$, $SD = 1,37$) und 54,5% stimmten einer Verbotsforderung „eher“ oder „voll und ganz“ zu – zugleich äußerten jedoch auch 20,9% der Teilnehmenden Ambivalenz („teils/teils“) und 24,2% stimmten der Verbotsforderung „eher nicht“ oder „überhaupt nicht“ zu.

ii. Wahrnehmung der Gegendemonstrierenden

In der Umfrage wurden auch Fragen zur Wahrnehmung der Gegendemonstrierenden gestellt, in diesem Fall also der Gruppe, der sich die Teilnehmenden selbst angeschlossen hatten. Die Fragen wurden inhaltlich parallel zu denen nach der Wahrnehmung der rechten Demonstrierenden gehalten. Ein hohes Gewaltpotential in der Gruppe der Gegendemonstrierenden nahmen Teilnehmende eindeutig nicht wahr. Sie lehnten außerdem klar die Bezeichnung als „Linksextreme“ ab, empfanden die Gegendemonstrierenden nicht als Gefahr für den gesellschaftlichen Frieden und lehnten ein zukünftiges Verbot vergleichbarer Demonstrationen klar ab. Der Wahrnehmung eines hohen Gewaltpotenzials innerhalb der Gruppe der Gegendemonstrierenden stimmten lediglich 6,1% der Befragten „eher“ oder „voll und ganz“ zu ($M = 2,51$, $SD = 1,31$), 11,5% waren ambivalent („teils/teils“), 82,4% fanden, dass von der Gruppe „eher kein“ oder „überhaupt kein“ hohes Gewaltpotential ausging. Teilnehmende fanden die Bezeichnung der Gegendemonstrierenden als „Linksextreme“ unpassend ($M = 2,02$, $SD = 1,32$; 92,9% stimmten der entsprechenden Aussage „eher nicht“ oder „überhaupt nicht“ zu) und betrachteten die Gegendemonstrierenden nicht als Gefahr für den gesellschaftlichen Frieden ($M = 1,83$, $SD = 1,25$; 95,2% stimmten hier „eher nicht“ oder „überhaupt nicht“ zu). Auch ein zukünftiges Verbot von Veranstaltungen wie der Gegendemonstration lehnten die Teilnehmenden ab ($M = 1,43$, $SD = 1,00$; 97,9% stimmten hier einer Verbotsforderung „eher nicht“ oder „überhaupt nicht“ zu)⁷.

⁷ Nichtteilnehmende unterschieden sich in ihren Einschätzungen von jenen der Teilnehmenden in allen Facetten, wobei die jeweiligen Antworttendenzen in der Regel identisch sind. So lehnten sie die Auffassung, dass von den Gegendemonstrierenden

iii. Wahrnehmung der Polizei

Die Anzahl eingesetzter Polizeibeamt_innen empfanden die Teilnehmenden als deutlich zu hoch. Auf einer Skala von 1 „viel zu wenige Beamte“ bis 5 „viel zu viele Beamte“ lag die mittlere Antwort der 1.308 Teilnehmenden bei $M = 4,12$ ($SD = 0,84$). Dass „viel zu viele Beamte“ eingesetzt waren, fanden 40,5% der befragten Teilnehmenden. Die verwendete Ausrüstung wird mit $M = 4,42$ ($SD = 0,82$; Skala von 1 „viel zu wenig Ausrüstung“ bis 5 „viel zu viel Ausrüstung“) noch deutlicher als übertrieben bewertet. Hier wählten sogar 61,2% der Teilnehmenden die höchste Antwortmöglichkeit „viel zu viel Ausrüstung“.

Die Teilnehmenden haben die Polizei am 10. November nicht als neutral erlebt: Auf die Frage „Haben Sie den Eindruck, dass die Polizei während der Demonstration neutral war oder auf einer Seite stand?“ lag die durchschnittliche Antwort von Teilnehmenden bei $M = 3,76$ ($SD = 0,83$). Etwa ein Drittel der Teilnehmenden fand, dass die Polizei „eher“ (45,6%) oder „eindeutig aufseiten der rechten Demonstrierenden“ stand (18,0%). Insgesamt 31,6% der befragten Teilnehmenden schätzten die Polizei als „neutral“ ein.

Schließlich gaben die Teilnehmenden an, dass sich ihr Vertrauen in die Polizei nach den Ereignissen am 10. November im Durchschnitt deutlich verringert habe ($M = 2,49$, $SD = 0,88$) – insbesondere diejenigen Befragten, die die Polizei nicht als neutral erlebt haben, geben an, Vertrauen in die Polizei verloren zu haben⁸. Während 49,8% der Teilnehmenden angaben, dass ihr Vertrauen in die Polizei sich „nicht verändert“ hat, berichteten 43,9% ein teilweise oder sogar stark verringertes Vertrauen nach den Ereignissen am 10. November.

Insgesamt haben die Teilnehmenden der Gegendemonstrationen sich durch das Auftreten der Polizei weniger geschützt ($M = 2,42$, $SD = 1,24$) als vielmehr eingeschüchtert gefühlt ($M = 3,59$, $SD = 1,24$). Unter den Teilnehmenden gaben 57,3% an, sich „überhaupt nicht“ oder „eher nicht“ geschützt gefühlt zu haben. Vorrangig Einschüchterung durch die Polizei berichteten 64,6% („eher“ oder „voll und ganz“).

ein hohes Gewaltpotenzial ausgegangen sei, weniger stark ab ($M = 2,51$, $SD = 1,31$, $t(1641) = 11,92$, $p < ,001$), fanden deren Bezeichnung als „Linksextreme“ weniger unangemessen ($M = 2,02$, $SD = 1,32$, $t(1642) = 12,88$, $p < ,001$) und lehnten deren Einschätzung als Gefahr für den gesellschaftlichen Frieden weniger stark ab ($M = 1,83$, $SD = 1,25$, $t(1641) = 12,62$, $p < ,001$). Auch ein Verbot von Veranstaltungen wie den Gegendemonstrationen lehnte diese Gruppe von Befragten zwar klar ab, fand es allerdings auf einem niedrigen Niveau angemessener als die Gruppe der Teilnehmenden ($M = 1,43$, $SD = 1,00$, $t(1639) = 10,02$, $p < ,001$). Auch die Gruppe der rechten Demonstrierenden schätzten Nichtteilnehmende anders ein als Teilnehmende: Zwar nahmen auch sie aus dieser Gruppe ein deutliches Gewaltpotenzial wahr ($M = 3,48$, $SD = 1,30$), fanden es angemessen, die Gruppe als „rechtsextrem“ zu bezeichnen ($M = 4,32$, $SD = 1,18$) und nahmen sie als Gefahr für den gesellschaftlichen Frieden wahr ($M = 4,13$, $SD = 1,31$), lagen damit aber jeweils unter der mittleren Einschätzung der Teilnehmenden (t -Werte zwischen 5,09 und 12,70, alle p -Werte $< ,001$). Einem Verbot von Veranstaltungen wie der rechten Demonstration standen Nichtteilnehmende eher unentschieden gegenüber: Ihre durchschnittliche Antwort unterschied sich mit $M = 2,89$ ($SD = 1,56$) nicht vom Skalenmittelwert, $t(335) = 1,33$, $p = ,19$.

⁸ Die durchschnittliche Antwort der 579 Befragten, die angeben, die Polizei als neutral erlebt zu haben, liegt bei $M = 3,16$ ($SD = 0,68$); die 1.065 Befragten, die die Polizei nicht als neutral empfanden, geben durchschnittlich einen Wert von $M = 2,23$ ($SD = 0,83$) an.

Teilnehmende der Gegendemonstrationen erlebten sich durch die Polizei außerdem in ihrer Handlungs- und Bewegungsmöglichkeit deutlich eingeschränkt: 80,3% gaben an, sich durch die Polizei „eher“ oder „voll und ganz“ in ihren Möglichkeiten, zu demonstrieren, eingeschränkt gefühlt zu haben. In ihrer Versammlungsfreiheit „eher“ oder „voll und ganz“ eingeschränkt fühlten sich 71,2% der Teilnehmenden ($M = 3,86, SD = 1,36$).

Mit Blick auf die strafrechtliche Verfolgung von Straftaten, die während der Demonstrationen begangen wurden, scheinen Teilnehmende ambivalent: Ihr Vertrauen darauf, dass die Polizei Straftaten, die von rechten Demonstrierenden begangen wurden, konsequent verfolgt, war deutlich geringer ($M = 2,98, SD = 1,45$) als das Vertrauen darauf, dass die Polizei Straftaten, die von Gegendemonstrierenden begangen wurden, konsequent verfolgt ($M = 3,92, SD = 1,01$)⁹. Insgesamt 37,9% vertrauten „eher“ oder „voll und ganz“ auf eine konsequente Verfolgung der durch rechte Demonstrierende begangenen Straftaten, 44,0% vertrauten „eher nicht“ oder „überhaupt nicht“ darauf. In Bezug auf Straftaten, die durch Gegendemonstrierende begangen wurden, waren sich hingegen 69,2% „eher“ oder „voll und ganz“ sicher, dass diese von der Polizei verfolgt würden.

c. Andere Wahrnehmungen und Einstellungen

Die Teilnehmenden identifizierten sich durchschnittlich mit Bielefeld ($M = 3,22, SD = 1,30$) – 44,7% stimmten der Aussage „Bielefelder_in zu sein ist ein wichtiger Teil meiner Identität“ „eher“ oder „voll und ganz“ zu. Noch stärker war die Identifikation der Teilnehmenden mit der Gruppe der Gegendemonstrierenden: 88,8% gaben an, sich „eher“ oder „voll und ganz“ mit dieser Gruppe verbunden zu fühlen ($M = 4,40, SD = 0,85$).

Weitere Fragen bezogen sich auf die Konsequenzen des Polizeieinsatzes. Viele Teilnehmende äußerten Wut wegen des Auftretens der Polizei am 10. November ($M = 3,70, SD = 1,31$). Etwa zwei Drittel der Befragten (64,3%) stimmten der Aussage „eher“ oder „voll und ganz“ zu, dass es sie wütend mache, daran zu denken, wie sich die Polizei den Gegendemonstrierenden gegenüber verhalten habe. Vergleichsweise großes Verständnis berichteten die Teilnehmenden zudem für Menschen, die nach den Erfahrungen bei der Gegendemonstration in Zukunft zu radikaleren Formen von Protest greifen wollen ($M = 2,83, SD = 1,48$) – 40,1% derjenigen, die sich an der Gegendemonstration beteiligten, stimmten hier „eher“ oder „voll und ganz“ zu¹⁰. Schließlich berichteten Teilnehmende eine hohe Bereitschaft, sich auch in Zukunft zu

⁹ Dieser Unterschied war statistisch signifikant, $t(1301) = 23,64, p < ,001$.

¹⁰ Es scheint erwähnenswert, dass das geäußerte Verständnis für radikalere Formen von Protest stark mit der Wahrnehmung der Polizei während des Demonstrationsgeschehens zusammenhängt: So korrelieren die Wahrnehmung, dass zu viele Beamte vor Ort gewesen seien ($r(1304) = ,34$), dass zu viel Ausrüstung eingesetzt wurde ($r(1304) = ,37$) und dass die Polizei aufseiten der rechten Demonstrierenden gestanden habe ($r(1304) = ,38$) jeweils deutlich mit dem Verständnis für radikalere Protestformen (alle p -

engagieren ($M = 2,83$, $SD = 1,48$): Auf die Frage, ob sie zur erneuten Teilnahme an einer Gegendemonstration wie der am 10. November bereit wären, antworteten 95,1% mit „eher ja“ oder „auf jeden Fall“.

d. Wahrnehmungen an unterschiedlichen Orten

Da Angaben von Teilnehmenden an unterschiedlichen Orten vorliegen, lassen sich deren Wahrnehmungen der Polizei in Abhängigkeit vom Ort, an dem sie sich während der Demonstrationen vorrangig aufgehalten hatten, miteinander vergleichen. Hierzu werden nur die vier am häufigsten genannten Orte verglichen, um eine verlässliche Datengrundlage zu gewährleisten. Es zeigt sich, dass die Wahrnehmungen teilweise deutlich über Orte hinweg variieren. In der nachfolgenden Tabelle sind die durchschnittlichen Angaben zur Wahrnehmung der Polizei an den unterschiedlichen Orten dargestellt. Es fällt auf, dass insbesondere Teilnehmende, die angaben, am Landgericht demonstriert zu haben, die Anzahl Beamter und die eingesetzte Ausrüstung der Polizei als übertrieben einschätzten. Diese Gruppe erlebte die Polizei auch als am wenigsten neutral, fühlte sich am wenigsten durch sie geschützt und am deutlichsten eingeschüchtert¹¹.

	Jahnplatz ($n = 256$)	Rathaus ($n = 246$)	Hauptbahnhof ($n = 232$)	Landgericht ($n = 102$)
Angemessenheit Anzahl Beamt_innen ¹	4,00	4,06	4,08	4,24
Angemessenheit Ausrüstung ²	4,30	4,30	4,44	4,63
Neutralität Polizei ³	3,62 ^a	3,61 ^a	3,84 ^b	4,01 ^b
Teilnehmende geschützt ⁴	2,73 ^a	2,67 ^a	2,47 ^a	2,08 ^b
Teilnehmende eingeschüchtert ⁵	3,43 ^a	3,51 ^a	3,59 ^{ab}	3,91 ^b

Alle Skalen waren fünfstufig von 1 „viel zu wenige Beamte“ bis „viel zu viele Beamte“, 2 „viel zu wenig Ausrüstung“ bis „viel zu viel Ausrüstung“, 3 „...stand eindeutig aufseiten der Gegendemonstranten“ über „...war neutral“ bis „...stand eindeutig aufseiten der rechten Demonstration“, 4 und 5 „stimme überhaupt nicht zu“ bis „stimme voll und ganz zu“, wobei 4 lautete „Ich habe mich durch das Auftreten der Polizei geschützt gefühlt“ und 5 „Ich habe mich durch das Auftreten der Polizei eingeschüchtert gefühlt“.

Werte $< ,001$). Die Korrelation mit einem Gesamtindex der Wahrnehmung der Polizei (Cronbachs Alpha = ,72) ist ebenfalls signifikant und deutlich, $r(1304) = ,45$.

¹¹ Varianzanalysen mit dem Faktor „Ort“ ergaben für alle Variablen außer ¹ signifikante Unterschiede, $F(832,3)$ je $> 4,85$, $ps < ,01$. Im Fall von ² unterscheiden sich die Mittelwerte am Standort Hauptbahnhof und Landgericht nur marginal voneinander ($p = ,10$). Zeilenweise unterschiedliche Superscripts bedeuten in der Tabelle signifikant unterschiedliche Mittelwerte in den Gruppen ($p < ,05$), die als Post-Hoc Tests geprüft wurden.

e. Auswertung offener Kommentare der Teilnehmenden

Um den vielfältigen Erfahrungen der Teilnehmenden gerecht zu werden, wurden nicht ausschließlich geschlossene Fragen gestellt. Zusätzlich sollte die Umfrage den Teilnehmenden die Möglichkeit bieten, eigene Erfahrungen und damit ihre persönliche Meinung über die vorgegebenen Fragen hinaus abzubilden. Diese Gelegenheit nahmen 559 (34,0%) aller Befragten wahr, die den Fragebogen ausgefüllt haben. Davon hatten 462 Personen an einer oder mehreren der Gegendemonstrationen teilgenommen, 97 hatten nicht teilgenommen, aber dennoch offene Kommentare verfasst. Das offene Kommentarfeld wurde mit keiner spezifischen Frage, sondern der folgenden Instruktion eingeleitet, um keinen inhaltlichen Fokus vorzugeben: „Abschließend haben Sie hier die Möglichkeit, den Fragebogen zu kommentieren oder uns weitere Gedanken oder persönliche Erfahrungen rund um die Ereignisse am 10.11. in Bielefeld mitzuteilen.“

Auswertungsmethodik

Die Auswertung des Textmaterials erfolgte halb-standardisiert. Das bedeutet konkret, dass zunächst der mediale Diskurs verfolgt und analysiert wurde, um anschließend Kategorien für die Analyse des Textmaterials ableiten zu können. Diese Kategorien, im Folgenden als *Codes* bezeichnet, wurden demnach auf Grundlage der medialen Berichterstattung vor der qualitativen Datenauswertung festgelegt. Ergänzt wurden die vorher festgelegten Codes durch *induktiv* (also aus dem Datenmaterial selbst) gebildete Codes. Das Kriterium dafür war hinreichend häufige Nennung in den Kommentaren. Die Codierung der offenen Kommentare erfolgte anhand gängiger Standards der qualitativen Datenauswertung. Wichtigster Faktor ist dabei, dass in den Narrationen der thematische Sinnabschnitt im Vordergrund steht. Es handelt sich bei den gesetzten Codes also um thematisch verschlagwortete Narrationen. Eine Codierung kann nur einen Satz, aber auch mehr oder aber weniger umfassen. Möglich ist auch die Codierung von Halbsätzen, Einschüben oder gegebenenfalls wenigen Worten, sofern diese in einem anderen Sinnzusammenhang stehen bzw. einen anderen Zusammenhang erzeugen als das zuvor Geschriebene. Zudem ist es möglich, dass eine Narration mehrere Codes umfasst. Eine Übersicht ist nachfolgend dargestellt.

Dokumentstatistik zur Auswertung der Teilnehmenden-Kommentare	
Anzahl verfasster offener Kommentare	462
Durchschnittliche Wörteranzahl pro Kommentar	99,8
Anzahl verwendeter Codes	20
Anzahl bei der Analyse gesetzter Codes	873
Durchschnittlich pro Kommentar gesetzte Codes	1,9

Am häufigsten genannte Codes

Als zentraler Befund der Auswertung der offenen Kommentare ist festzuhalten, dass Teilnehmende die Rolle der Polizei am 10. November ausgesprochen differenziert kritisieren. So ist etwa ein häufig genannter Aspekt die Unterscheidung einzelner Polizeibeamt_innen als Individuen von dem übergeordneten Einsatzkonzept der Polizei. Der Fokus der vorliegenden Analysen liegt auf der Auswertung der in den Kommentaren benannten Kategorien und einer Darstellung beispielhafter, repräsentativer Narrationen zur Veranschaulichung. Ausführlicher vorgestellt werden die fünf am häufigsten verwendeten Codes in der Reihenfolge der Häufigkeit ihrer Nennung. Wo nachfolgend aus einzelnen Kommentaren zitiert wird, werden als demographische Kennzeichen Alter und Geschlecht der Verfasser_innen angegeben¹². Die Auswahl der in Auszügen als Beispiele genannten Kommentare erfolgte so, dass sie möglichst prototypisch für den jeweiligen verwendeten Code sind.

Code	Anzahl an Codierungen
Kritik am Einsatz der Polizei	206
Einschränkung der Bewegungsfreiheit durch Polizei	155
Kritik an der Streckenführung	126
Lob gegenüber Polizei	58
Einschüchterung durch Polizei	48

Kritik am Einsatz der Polizei

Vier der fünf am häufigsten gesetzten Codes gehören thematisch in den Kontext „Polizei“. Am häufigsten wird von den Teilnehmenden der Einsatz selbst und ausdrücklich nicht die Beamt_innen kritisiert. Entsprechend wurden alle Narrationen codiert, die sich explizit auf das Einsatzkonzept der Polizei beziehen. Eine weitere Kategorie, „Kritik an einzelnen Beamt_innen“, wurde für die Analysen verwendet, von den Teilnehmenden jedoch relativ selten in den Kommentaren thematisiert (45 Nennungen).

Die Kategorie „Kritik am Einsatz der Polizei“ umfasst Kommentare, die sich auf genereller Ebene bewegen. Dazu zählen häufig eher kürzere Kommentare wie z.B.

- „Die Polizei hat mir mein Recht auf eine Demonstration genommen.“ (m, 53)¹³

¹² Dabei steht „w“ für weiblich, „m“ für männlich und „k.A.“ für keine Angabe.

¹³ Schreib- oder Zeichensetzungsfehler in den Kommentaren wurden an dieser Stelle nicht korrigiert, um die Kommentare im Originaltext zu belassen.

- *„Die Polizei hat die Gegendemonstranten in der Ausübung ihres Demonstrationsrechts behindert“*
(w, 56)

Dieser generellen Kritik stehen zahlreiche Kommentare gegenüber, die sich auf einen oder mehrere konkrete Aspekte des Einsatzes beziehen. Meistens sind diese Kommentare sehr ausführlich und beziehen sich auf unterschiedliche Elemente des Einsatzes. So beziehen sich einige Kommentare etwa auf die Ausrüstung der Polizei, insbesondere die Wasserwerfer und Räumfahrzeuge, wie in diesen Beiträgen:

- *„Die Wasserwerfer und Räumpanzer auf die Gegendemonstrationen auszurichten war eine unnötige Provokation“* (m, 23)
- *„Andererseits fand ich das Aufgebot mit Wasserwerfern und besonders den Räumungsfahrzeugen relativ bedrückend und in dem Moment habe ich es als eine Frechheit empfunden.“* (m, 29)
- *„Die Polizei hat ihre Wasserwerfer ausschließlich auf friedliche Gegendemonstranten gerichtet.“*
(m, 64)

Ein weiterer oft genannter Kritikpunkt war das Aufnehmen der Gegenprotestierenden auf Film durch die Polizei:

- *„Meinen Beobachtungen zufolge hat die Polizei bereits vor dem Eintreffen der Neonazis angefangen zu filmen [...] vor allem in der Rathausstraße waren Kameras von Anfang an durchgehend auf uns gerichtet.“* (w, 28)

Dieser Beitrag verbindet beide Kritikpunkte miteinander:

- *„Das exzessive Filmen der friedlichen Gegendemonstrant*innen fand ich aber sehr befremdlich, ebenso die auf die Gegendemonstration gerichteten Wasserwerfer.“* (w, 42)

Ein ebenfalls oft genannter Aspekt ist der der Anzahl an Beamt_innen, die am 10. November im Einsatz waren. Viele Teilnehmende bewerteten die Anzahl der Beamt_innen als zu hoch, wie exemplarisch im folgenden Beitrag:

- *„Verhältnismäßig fand ich das Auftreten der Polizei in Anzahl und Ausrüstung nicht im Ansatz.“* (m, 35)

Einschränkung der Bewegungsfreiheit durch die Polizei

Der Code „Einschränkung der Bewegungsfreiheit durch die Polizei“ bezieht sich zum einen auf solche Narrationen, die explizit darauf eingehen, dass es nicht möglich war, zwischen einzelnen Standorten der

Gegenkundgebungen bzw. -demonstrationen zu wechseln oder an diesen teilzunehmen. Zum anderen wurden diesem Code Aussagen zugeordnet, die sich kritisch auf die polizeilichen Absperrungen in weiten Teilen der Bielefelder Innenstadt beziehen. Als dritter Punkt wurde in zahlreichen Kommentaren kritisiert, dass Umwege und weite Fußwege in Kauf genommen werden mussten. Aussagen wie die folgenden sind in den Kommentaren der Teilnehmenden immer wieder zu finden. Oft werden Kilometerangaben geschätzt, um den Fußweg zu verdeutlichen:

- *"Des weiteren ist es eine Frechheit, wie 330.000 Bielefeldern einen kompletten Samstag die Bewegungsfreiheit genommen wurde. Um von der Bahnhofstraße zum Kesselbrink zu kommen, musste ein Umweg [...] von 4 bis 5 km in Kauf genommen werden."* (m, 27)

Besonders für Menschen mit Gehbeeinträchtigungen waren die Umwege problematisch:

- *"als Mensch mit Gehbehinderung fühlte ich mich doppelt eingeschränkt durch: die weitläufigen Absperrungen, stundenlanger Einschränkung des Bus-und Bahnverkehrs"* (w, 62)

In anderen Kommentaren wird beschrieben, wie es misslang, die polizeilichen Absperrungen zu überqueren, um an anderen Demonstrationen bzw. Kundgebungen teilzunehmen:

- *"Es war nicht möglich den Veranstaltungsort zu wechseln wie es vorher abgesprochen war"* (w, 24)

Für viele der Teilnehmenden bedeuteten die Absperrungen Probleme bei der An- oder Abreise zu den Gegendemonstrationen:

- *"Die komplette, weiträumige Abriegelung war furchtbar. Wir mussten einen unzumutbaren Umweg in Kauf nehmen um zurück zum Auto zu kommen."* (w, 50)

Kritik an der Streckenführung

Der Code „Kritik an der Streckenführung“ ist der einzige Code aus den fünf am häufigsten genannten Narrationen, der nicht dem Kontext „Polizei“ zugeordnet ist. Hier wurden Narrationen codiert, die entweder die Streckenführung der rechten Demonstration kritisieren und/oder den öffentlichen Raum, der den dort Demonstrierenden zugesprochen wurde.

Die Besonderheit des Codes „Kritik an der Streckenführung“ ist, dass er oft zusammen mit dem Code „Einschränkung der Bewegungsfreiheit durch Polizei“ genannt wird. So werden in vielen Kommentaren beide Aspekte gegenübergestellt bzw. miteinander verknüpft:

- *„Leider wurden vor allen von Seiten der Polizei den Rechten viel Freiraum gelassen, während die Gegendemonstration in ihrer Bewegung großflächig eingeschränkt wurde.“ (w, 46)*

Immer wieder taucht in den Kommentaren die Kritik auf, dass rechtsextremere Ideologie am 10. November eine „Bühne“ bzw. zu viel „Raum“ geboten worden sei und man Rechtsextremen einen „roten Teppich“ ausgerollt habe:

- *„Man kann nicht einem Häufchen von Rechtsradikalen eine solche Bühne einrichten“ (m, 57)*
- *„Was ich als extrem negativ empfunden habe war der Raum den die Rechtsextremen bekommen haben.“ (k.A., k.A.)*
- *„Beim Betrachten des Aufmarsches der Rechten am Nierwall kam es mir vor, als ob Bielefeld ihnen einen roten Teppich ausrollt“ (w, 59)*
- *„Mein Eindruck war, dass den Rechten der rote Teppich ausgerollt wurde in Bielefeld.“ (w, 42)*

Lob gegenüber der Polizei

Neben Kritik äußern Teilnehmende auch Lob für die Polizei und die einzelnen Beamt_innen. Die Bandbreite ist dabei relativ hoch. Die meisten Narrationen bewegen sich allerdings innerhalb der Themen Sicherheit, Verständnis und dem oftmals als „freundlich“ charakterisierten Auftreten einzelner Beamt_innen. Letzteres verdeutlichen folgende Passagen:

- *„Einzelne Polizisten haben sich uns gegenüber sehr freundlich gezeigt. Auch das hohe Polizeiaufgebot fand ich nachvollziehbar.“ (w, 44)*
- *„Die einzelnen Polizeibeamten habe ich als freundlich, bestimmt und kooperativ erlebt.“ (m, 71)*

Diverse Teilnehmende beschreiben, dass sie sich durch die Polizei „sicher“ gefühlt hätten:

- *„Ich habe mich durch die Polizeipräsenz sicher gefühlt.“ (w, 24)*
- *„Ansonsten hat die Polizei mir und meiner Begleitung auch ein Gefühl der Sicherheit gegeben.“ (w, 59)*

In vereinzelt Narrationen wird das „freundliche“ Auftreten mit Verständnis für die Beamt_innen verknüpft:

- *„Die PolizistInnen vor Ort waren freundlich und haben auch nur ihren Job gemacht, der sicher auch nicht leicht war.“ (w, 23)*

Einschüchterung durch die Polizei

Als am fünfthäufigsten genannter Code soll hier abschließend auf „Einschüchterung durch Polizei“ eingegangen werden. Dieser Code bezieht sich auf erlebte Einschüchterung von Teilnehmenden durch die Polizei bzw. den Polizeieinsatz. Die Narrationen stehen oft in Zusammenhang mit der Ausrüstung, die am 10. November zum Einsatz kam:

„Die Ausrichtung der Wasserwerfer auf die Gegendemo empfand ich als bedrohlich und unangenehm.“ (m, 24)

In diesem Zusammenhang wird in mehreren Fällen von „Angst“ gesprochen:

- *„Es war beängstigend Wasserwerfer auf sich gerichtet stehen zu sehen“ (w, 21)*

Auch das Aufgebot an Beamt_innen wird als einschüchternd beschrieben:

- *„Ich fand das Aufgebot der Polizei übertrieben und habe mich dadurch eingeschüchtert gefühlt.“ (m, 38)*
- *„Für mich war besonders das Aufgebot der Polizei angsteinflößend“ (w, 28)*

5 Wahrnehmungen und Einstellungen der Nichtteilnehmenden

a. Gründe für die Nichtteilnahme

Der wichtigste Grund, den Befragte angaben, warum sie nicht an den Demonstrationen teilgenommen haben, war, dass sie aus persönlichen Gründen verhindert waren: Über die Hälfte der Nichtteilnehmenden gab an, dass dieser Grund für sie „sehr wichtig“ war. Der zweitwichtigste Grund war Sorge vor Gewalt oder Krawallen durch die Gegendemonstrierenden (21,3% „sehr wichtig“) und die rechten Demonstrierenden (16,5% „sehr wichtig“).

Ähnlich wie bei den Gründen für die Teilnahme gab es auch bei den Gründen für die Nichtteilnahme eine offene Antwortmöglichkeit. Diese wurde von 50 der 336 Nichtteilnehmenden genutzt. Die zusätzlich genannten Gründe für Nichtteilnahme lassen sich einteilen in die Kategorien *persönliche Gründe* (z.B. „Krankheit“, „Schwanger“, „Ich musste arbeiten“) und *Sorge* (z.B. „Ich hatte Angst um meine Kinder, die mitgekommen wären“, „Angst vor Krawallen und Gewalt oder Eskalation durch die angekündigten auswärtigen Antifa-Gruppen“, „Ich hatte Sorge vor Gewalt oder Krawallen durch die Polizei“).

b. Gemeinsamkeiten mit und Unterschiede zu den Teilnehmenden

Augenscheinlich findet sich unter den Nichtteilnehmenden ein recht großer Teil von Befragten, der eine Teilnahme an einer der Gegendemonstrationen nicht grundsätzlich ausschloss, aber entweder aus persönlichen Gründen verhindert war oder durch die Sorge vor Ausschreitungen durch die beteiligten Akteure abgeschreckt wurde. Ein vergleichsweise kleiner Anteil von Befragten gibt an, sich nicht mit den Gegendemonstrierenden identifizieren zu können (16,2% „sehr wichtig“), im Voraus vom Polizeiaufgebot abgeschreckt worden zu sein (9,9% „sehr wichtig“) oder grundsätzlich nicht an Demonstrationen teilzunehmen (9,1% „sehr wichtig“). Entsprechend der Zusammensetzung dieser Teilstichprobe von Nichtteilnehmenden an der Gegendemonstration sind die Antworten auf die gestellten Fragen breiter und Antworttendenzen weniger stark ausgeprägt. Insgesamt finden sich in den Antworten der Nichtteilnehmenden in Bezug auf die Wahrnehmung aller beteiligten Akteure sehr ähnliche Antwortmuster wie in denen der Teilnehmenden, wobei bei den Teilnehmenden eine merkliche Polarisierung durch die tatsächliche Anwesenheit bei der Gegendemonstration und die hierbei gemachten Erfahrungen zu erkennen ist.

Beispielsweise schätzten die Nichtteilnehmenden die Frage nach der Neutralität der Polizei ähnlich ein, wie die Teilnehmenden ($M = 3,52$, $SD = 0,83$), hatten also in der Tendenz ebenfalls den Eindruck, dass die Polizei aufseiten der rechten Demonstrierenden stand, schätzten dabei jedoch die Anzahl der anwesenden

Polizeibeamt_innen ($M = 3,50$, $SD = 0,96$) und der verwendeten Ausrüstung ($M = 3,76$, $SD = 1,07$) als weniger, aber grundlegend ebenfalls deutlich unangemessen ein¹⁴. Vergleichbare Muster, also gleiche Antworttendenzen in weniger starker Ausprägung, finden sich auch für die weitere Wahrnehmung der Polizei und des Polizeiaufgebotes, für die Wahrnehmung der rechten sowie der Gegendemonstrierenden und für einen Großteil der weiteren Fragen (s. z.B. Fußnote 9).

c. Auswertung offener Kommentare der Nichtteilnehmenden

Neben den Teilnehmenden haben auch Nichtteilnehmende die Möglichkeit genutzt, Kommentare zu verfassen. Von den 336 Nichtteilnehmenden, die sich an der Studie beteiligt haben, haben 97 Personen einen Kommentar formuliert. Das entspricht einer Quote von 28,8%.

Dokumentstatistik zur Auswertung der Nichtteilnehmenden-Kommentare

Anzahl verfasster offener Kommentare	97
Durchschnittliche Wörteranzahl pro Kommentar	74,7
Anzahl verwendeter Codes	20
Anzahl bei der Analyse gesetzter Codes	130
Durchschnittlich pro Kommentar gesetzte Codes	1,3

Im Vergleich zu den Kommentaren der Teilnehmenden sind die Kommentare der Nichtteilnehmenden durchschnittlich 14 Wörter kürzer. Ebenso wurden bei den Kommentaren der Nichtteilnehmenden im Schnitt 0,6 weniger Codes pro Kommentar gesetzt. Dies deutet darauf hin, dass die Kommentare der Nichtteilnehmenden sich weniger explizit auf die Ereignisse des 10. November beziehen als die der Teilnehmenden. Nachfolgend werden die drei am häufigsten codierten Kategorien in den Kommentaren der Nichtteilnehmenden dargestellt.

Am häufigsten genannte Codes der Nichtteilnehmenden

Die Kommentare der Nichtteilnehmenden und der Teilnehmenden unterscheiden sich in ihren thematischen Schwerpunkten voneinander. Auch die Reihenfolge der am häufigsten gesetzten Codes unterscheidet sich (vgl. Code-Tabellen in Anhang B). Zwei der drei am häufigsten genannten Codes der Nichtteilnehmenden allerdings wurden auch von den Teilnehmenden am häufigsten genannt. Dabei handelt es sich um die Codes „Kritik am Einsatz der Polizei“ und „Einschränkung der Bewegungsfreiheit“.

¹⁴ t -Test auf Unterschiedlichkeit von der Skalenmitte (3) für Nichtteilnehmende: Angemessenheit Anzahl Beamte $t(335) = 9,58$, $p < ,001$; Angemessenheit Ausrüstung $t(335) = 13,01$, $p < ,001$. Die Mittelwerte in der Gruppe der Teilnehmenden weichen jeweils noch stärker vom Skalenmittelpunkt ab.

durch Polizei“. Als dritter und am zweithäufigsten genannter Code kommt bei den Nichtteilnehmenden „Kritik am Fragebogen“ hinzu.

Code	Anzahl an Codierungen
Kritik am Einsatz der Polizei	26
Kritik am Fragebogen	20
Einschränkung der Bewegungsfreiheit durch Polizei	16

Kritik am Einsatz der Polizei

Die in den Kommentaren der Nichtteilnehmenden artikulierte Kritik am Einsatz ähnelt weitestgehend derjenigen der Teilnehmenden. Entsprechend werden im Kern dieselben Aspekte des Einsatzes kritisiert:

- *„Die Präsenz des absolut übertriebenen Polizeiaufgebots hat mich entsetzt und wütend gemacht.“* (w, 64)
- *„[Ich] war geschockt, dass Wasserwerfer und Räumfahrzeuge gegen die Gegendemonstranten gerichtet waren.“* (w, 50)

Ein wichtiger Unterschied zwischen Kommentaren durch Teilnehmende und Nichtteilnehmende ist natürlich, dass die Kritik der Nichtteilnehmenden auf Informationen aus zweiter Hand fußt:

- *„Bei der Demo ist, so wie ich von vielen gehört habe, leider von einer freundlichen und bürgernahen Polizei nicht die Rede gewesen.“* (m, 55)

In einigen Kommentaren wird deutlich, dass Personen sich am 10. November zu privaten Zwecken in der Innenstadt aufhielten und von den Ereignissen betroffen waren:

- *„Ich war kurz in der Innenstadt. Das gigantische Polizeiaufgebot hat mich erschreckt. Und auch die Wasserwerfer und gepanzerten Fahrzeuge waren nicht nötig.“* (m, 37)

Kritik am Fragebogen

Als „Kritik am Fragebogen“ wurden alle Narrationen codiert, die den Fragebogen insgesamt oder einzelne Abschnitte kritisieren. Hierbei lassen sich zwei wesentliche Kritiktypen differenzieren. Zum einen kritisieren einige Nichtteilnehmende den Fragebogen auf sehr genereller Ebene, ohne dabei inhaltlich konkret zu werden:

- *„Manche Fragen sind nicht eindeutig gestellt.“ (w, 48)*
- *„Ich finde die Fragestellungen nicht immer eindeutig und fair.“ (m, 64)*

Andere artikulieren sachbezogenere Kritik im Bezug auf den Fragebogen bzw. einzelne Abschnitte darin:

- *„Ihre Fragen sind teilweise zu allgemein gehalten: es ist immer von den Teilnehmern die Rede. Das pauschalisiert. Auch innerhalb einer Gruppe muss eine Differenzierung möglich sein.“ (m, 45)*

Einschränkung der Bewegungsfreiheit durch die Polizei

Analog zum Code „Kritik am Einsatz der Polizei“ wiederholen sich in den meisten der Narrationen zur „Einschränkung der Bewegungsfreiheit durch Polizei“ die Aspekte der Kommentare der Teilnehmenden, so z.B. folgender:

- *"Allerdings habe ich von mehreren Personen gehört dasses kaum möglich war zu der Gegendemo zu gelangen, da es überall Absperrungen gab.“ (w, 26)*

Nichtteilnehmende berichten im Unterschied zu Teilnehmenden allerdings in der Regel davon, wie sie unabhängig von ihrer Beteiligung an einer der Demonstrationen von den Absperrungen betroffen waren:

- *„meine Bewegungsfreiheit in der Stadt vollkommen eingeschränkt. Und zwar unabhängig davon, ob ich überhaupt zur Gegendemonstration wollte oder zum Einkaufen“ (m, 55)*

6 Grenzen und Ausblick

Der Schwerpunkt des vorliegenden Berichts liegt auf der beschreibenden Darstellung der Studienergebnisse. Komplexere quantitative und qualitative Analysen sind auf Basis der erhobenen Daten möglich, stellen aber nicht den Fokus dieses Berichts dar, der zudem gründlich und zeitnah vorliegen sollte, um die Ergebnisse in den öffentlichen Diskurs zurück zu spiegeln. Das vorrangige Ziel der Studie war es, Teilnehmenden und Nichtteilnehmenden die Möglichkeit zu geben, ihre Wahrnehmungen und Erfahrungen vom 10. November an neutraler Stelle zu sammeln, zu dokumentieren und zu systematisieren. Im Sinne einer pragmatischen Umsetzung – in einigen Wochen wären die Erinnerungen an den Tag weniger lebhaft und womöglich auch weniger zuverlässig gewesen – wurden daher pragmatische methodische Entscheidungen getroffen. Einige offensichtliche Limitationen sind zur Einordnung der Studie wichtig und sollen an dieser Stelle kurz angerissen und eingeschätzt werden.

Limitationen der verwendeten Antwortformate

Eine Studie wie die vorliegende bringt natürlicherweise methodische Grenzen mit sich, die in der Studienkonzeption nach Möglichkeit bereits berücksichtigt wurden. Die im Fragebogen formulierten Fragen sind, ebenso wie die verwendeten Codes zur Auswertung der offenen Kommentare, aus der medialen Debatte abgeleitet. Da dieser sich vorrangig um die Motive zur Teilnahme und die Rolle der unterschiedlichen beteiligten Akteursgruppen, insbesondere die Polizei und deren Einsatzkonzept, drehte, lag auch ein inhaltlicher Schwerpunkt der Umfrage in diesen Bereichen. Geschlossene Fragen erlauben nur eine begrenzt differenzierte Abbildung der Meinung der Befragten, die in aller Regel vielfältiger ist als die geschlossenen Fragen. Neben der Formulierung der Aussagen selbst ist dabei auch das Antwortformat, in dem die Antworten von Befragten codiert werden, wichtig. Es ist daher an dieser Stelle zu betonen, dass im Fragebogen in jedem Fall sowohl nach der Zustimmung als auch nach der Ablehnung von Aussagen gefragt wurde. Zudem bestand über die verwendete Mittelkategorie stets die Möglichkeit eine neutrale Antwort zu geben. Gerade aufgrund der Grenzen geschlossener Fragen war es uns wichtig, den Befragten zusätzlich die Möglichkeit zu geben, ihre Meinung differenziert über das offene Kommentarfeld zum Ausdruck zu bringen, was von vielen Befragten genutzt wurde.

Mögliche Verzerrungen

Die vorliegende Stichprobe, also die Gesamtheit der Befragten, die an der Studie teilgenommen haben, kann nicht als repräsentativ für alle Teilnehmenden bzw. Nichtteilnehmenden der Gegendemonstrationen betrachtet werden. Es ist nicht auszuschließen und sogar eher wahrscheinlich, dass sich insbesondere diejenigen Teilnehmenden und Nichtteilnehmenden an der Umfrage beteiligt haben, die sich aus

persönlicher Motivation in besonderem Maße mit den Demonstrationen am 10. November auseinandergesetzt haben. Die Ergebnisse könnten aus diesem Grund in verschiedene Richtungen verzerrt sein. Es mag z.B. sein, dass sich überzufällig viele Teilnehmende an der Umfrage beteiligt haben, die die Rolle der Polizei besonders kritisch sehen. Ebenso wenig ist auszuschließen, dass überzufällig viele Befragte teilgenommen haben, die fanden, die Polizei werde zu Unrecht kritisiert und dieses Bild durch ihre Beteiligung zum Ausdruck bringen wollten. Auch ist nicht auszuschließen, dass einzelne Befragte Angaben gemacht haben, die nicht ihrer tatsächlichen Einstellung entsprechen. Dies sind nur einige der naheliegendsten Ursachen potentieller Verzerrungen, die insbesondere die Interpretation der Ergebnisse bei kleineren Stichproben erschweren. Im Falle der vorliegenden Studie jedoch schätzen wir schwerwiegende Verzerrungen als eher unwahrscheinlich ein. Zum einen ist die Stichprobe hinreichend groß, um Verzerrungen durch bewusste Fehlangaben auszugleichen. Auf Grundlage der Meinungen von über 1.600 Befragten lassen sich aussagekräftige Angaben zur Wahrnehmung der Ereignisse am 10. November treffen. Zum anderen würde die selektive Beteiligung an der Studie wie oben umrissen zu Verzerrungen in gegenläufige Richtungen führen. Es sei an dieser Stelle auch daran erinnert, dass die Verbreitung weitgehend ohne Einflussnahme der Studienautor_innen über die Print- und Internetpräsenzen der Neuen Westfälischen und von Radio Bielefeld erfolgte. Auch die systematische Verzerrung der Ergebnisse durch gezielte Mehrfachteilnahme halten wir für eher unwahrscheinlich, weil dies durch technische Maßnahmen (u.a. lokal hinterlegter Cookie bei bereits erfolgter Teilnahme) zumindest erschwert wurde. Schließlich spricht auch die durchschnittliche Teilnahmedauer von über neun Minuten dafür, dass zumindest die allermeisten Befragten sich zeitlich und inhaltlich auf die Befragung eingelassen haben.

Einschätzung und Ausblick

Unser Fazit mit Blick auf die vorliegenden Daten ist, dass wir sie mit wenigen Einschränkungen für eine verlässliche Grundlage halten, um die Wahrnehmungen und Erfahrungen der Teilnehmenden und Nichtteilnehmenden vom 10. November einzuschätzen. Die vorliegende Studie nimmt keine politische Einordnung vor und keine weitreichende inhaltliche Interpretation der Ergebnisse über die bisher vorwiegend deskriptive Auswertung hinaus. Sie könnte sonst ihrem Anspruch einer neutralen Dokumentation und Systematisierung nicht gerecht werden. Eine Interpretation und ein damit verbundener Wunsch soll an dieser Stelle dennoch formuliert werden: Wir hoffen, dass die Studie einen Beitrag zur Aufarbeitung der Ereignisse rund um die Demonstrationen am 10. November 2018 leisten kann. Auch ohne komplexe statistische Analysen oder aufwändige Interpretation lässt sich an der reinen Teilnahmebereitschaft und den vorliegenden Studienergebnisse ablesen, dass die Ereignisse viele Beteiligte beschäftigt haben, nach wie vor beschäftigen und weiterhin ein hoher Gesprächsbedarf besteht.

Anhang A – Vollständige deskriptive Auswertung

Deskriptive Auswertung der Daten der Teilnehmenden

Wie wichtig waren für Sie die folgenden Gründe dafür, an der Gegendemonstration teilzunehmen?

	überhaupt nicht	eher nicht wichtig	teils/teils	eher wichtig	sehr wichtig
Die Möglichkeit zu haben, mich gegen Rechtsextremismus zu engagieren.	1,5%	0,6%	1,3%	6,2%	90,4%
Die Möglichkeit zu haben, mich für Demokratie und ein buntes und weltoffenes Bielefeld zu engagieren.	2,3%	1,8%	3,7%	12,9%	79,3%
Die Tatsache, dass die Demonstration in meiner unmittelbaren Umgebung stattgefunden hat.	4,8%	10,0%	20,6%	25,4%	39,2%

An wie vielen Demonstrationen haben Sie in den letzten 12 Monaten teilgenommen?

0	1	2	3	4 oder mehr
34,3%	22,3%	16,3%	11,7%	15,4%

Von wie vielen Personen aus Ihrem persönlichen Umfeld wissen Sie, dass sie an der Gegendemonstration am 10.11. teilgenommen haben?

0	1-5	6-10	11-15	16 oder mehr
1,2%	16,5%	25,9%	20,4%	36,0%

Was glauben Sie, wie effektiv war die Gegendemonstration am 10.11. darin, die folgenden Ziele zu erreichen?

	überhaupt nicht effektiv	eher nicht effektiv	teils/teils	eher effektiv	sehr effektiv
Ein Zeichen gegen Rechtsextremismus zu setzen.	2,1%	5,4%	19,0%	35,5%	37,9%
Ein Zeichen für ein buntes und weltoffenes Bielefeld zu setzen.	1,8%	3,2%	13,6%	33,5%	47,8%
Menschen zu verbinden, die gemeinsame politische Ziele verfolgen.	2,5%	9,2%	31,5%	33,4%	23,3%
Öffentliche Aufmerksamkeit zu schaffen.	0,9%	5,0%	15,0%	32,7%	46,2%

Die folgenden Fragen beziehen sich auf Ihre Wahrnehmung der Polizei, die am 10.11. vor Ort eingesetzt war.

Als wie angemessen haben Sie die Anzahl der eingesetzten Polizeibeamten empfunden?

viel zu wenige Beamte	eher zu wenige Beamte	teils/teils	eher zu viele Beamte	viel zu viele Beamte
0,2%	0,7%	26,5%	32,1%	40,5%

Als wie angemessen haben Sie die verwendete Ausrüstung der Polizei (z.B. Wasserwerfer, Räumfahrzeuge, Reiterstaffeln) empfunden?

viel zu wenig Ausrüstung	eher zu wenig Ausrüstung	teils/teils	eher zu viel Ausrüstung	viel zu viel Ausrüstung
0,5%	1,1%	15,1%	22,0%	61,2%

Haben Sie den Eindruck, dass die Polizei während der Demonstration neutral war oder auf einer Seite stand? Die Polizei...

...stand eindeutig aufseiten der Gegendemonstranten	...stand eher aufseiten der Gegendemonstranten	...war neutral	...stand eher aufseiten der rechten Demonstration	...stand eindeutig aufseiten der rechten Demonstration
1,0%	3,9%	31,6%	45,6%	18,0%

Würden Sie sagen, dass sich Ihr *Vertrauen in die Polizei* durch die Ereignisse rund um den 10.11. verändert hat? Durch die Ereignisse hat sich mein Vertrauen in die Polizei...

...stark verringert	...eher verringert	...nicht verändert	...eher erhöht	...stark erhöht
15,5%	28,4%	49,8%	4,1%	2,1%

Inwiefern stimmen Sie den folgenden Aussagen zu oder lehnen diese ab? Sie beziehen sich auf Ihre Wahrnehmung der Polizei, der Teilnehmenden der rechten Demonstration und der Gegendemonstrierenden.

Wahrnehmung der Polizei	Wahrnehmung der Polizei				
	stimme überhaupt nicht zu	stimme eher nicht zu	teils/teils	stimme eher zu	stimme voll und ganz zu
Ich habe mich durch das Auftreten der Polizei geschützt gefühlt.	28,2%	29,1%	22,2%	12,2%	8,1%
Ich habe mich durch das Auftreten der Polizei eingeschüchtert gefühlt.	9,8%	10,6%	15,0%	40,2%	24,4%
Ich habe mich durch das Auftreten der Polizei in meinen Möglichkeiten, zu demonstrieren, eingeschränkt gefühlt.	8,4%	5,6%	5,6%	23,5%	56,8%
Ich habe mich durch das Auftreten der Polizei in meiner Versammlungsfreiheit eingeschränkt gefühlt.	11,2%	8,0%	9,6%	25,9%	45,3%

Wahrnehmung der rechten Demonstration

	stimme überhaupt nicht zu	stimme eher nicht zu	teils/teils	stimme eher zu	stimme voll und ganz zu
Ich glaube, dass von den Teilnehmenden der rechten Demonstration ein hohes Gewaltpotenzial ausging.	1,9%	9,7%	24,1%	32,6%	31,5%
Ich finde es angemessen, die Teilnehmenden der rechten Demonstration als „Rechtsextreme“ zu bezeichnen.	0,8%	1,0%	2,6%	9,9%	85,7%
Ich empfinde die Teilnehmenden der rechten Demonstration als Gefahr für den gesellschaftlichen Frieden.	0,5%	1,0%	3,3%	12,5%	82,5%
Veranstaltungen wie die rechte Demonstration sollten in Zukunft verboten werden.	11,4%	12,8%	20,9%	20,1%	34,4%

Wahrnehmung der Gegendemonstration

	stimme überhaupt nicht zu	stimme eher nicht zu	teils/teils	stimme eher zu	stimme voll und ganz zu
Ich glaube, dass von den Teilnehmenden der Gegendemonstration ein hohes Gewaltpotenzial ausging.	49,8%	32,6%	11,5%	4,0%	2,1%
Ich finde es angemessen, die Teilnehmenden der Gegendemonstration als „Linksextreme“ zu bezeichnen.	77,8%	15,1%	4,6%	1,3%	1,1%
Ich empfinde die Teilnehmenden der Gegendemonstration als Gefahr für den gesellschaftlichen Frieden.	85,9%	9,3%	3,0%	0,6%	1,1%
Veranstaltungen wie die Gegendemonstration sollten in Zukunft verboten werden.	97,0%	0,9%	0,8%	0,3%	0,8%

Inwiefern stimmen Sie den folgenden Aussagen zu oder lehnen diese ab? Sie beziehen sich auf Ihre Wahrnehmung von sich selbst und Ihre Erfahrungen während der Ereignisse am 10.11.2018.

	stimme überhaupt nicht zu	stimme eher nicht zu	teils/teils	stimme eher zu	stimme voll und ganz zu
Bielefelder_in zu sein ist ein wichtiger Teil meiner Identität.	14,7%	12,5%	27,8%	25,1%	19,6%
Ich fühle mich mit den Gegendemonstrierenden verbunden.	1,8%	1,9%	7,3%	31,9%	56,9%
Ich vertraue darauf, dass die Polizei Straftaten, die von rechten Demonstrierenden begangen wurden, konsequent verfolgt.	19,2%	24,8%	17,9%	14,7%	23,2%
Ich vertraue darauf, dass die Polizei Straftaten, die von Gegendemonstrierenden begangen wurden, konsequent verfolgt.	2,5%	5,9%	22,0%	35,4%	33,8%
Wenn ich daran denke, wie die Polizei sich Gegendemonstrierenden gegenüber verhalten hat, macht mich das wütend.	10,2%	9,4%	16,1%	29,2%	35,1%
Die Tatsache, dass es nicht zu Ausschreitungen gekommen ist, zeigt, dass die Polizei alles richtig gemacht hat.	30,0%	28,5%	22,9%	11,6%	6,9%
Seit Ereignissen wie denen rund um den G20-Gipfel in Hamburg sind Polizeiaufgebote wie das am 10.11. notwendig, um Ausschreitungen zu verhindern.	41,5%	25,7%	16,4%	10,2%	6,1%
Ich kann Menschen verstehen, die nach den Erfahrungen bei der Gegendemonstration in Zukunft zu radikaleren Formen von Protest greifen wollen.	29,2%	14,8%	15,6%	23,5%	16,6%

Angenommen, in der nächsten Woche würde noch einmal eine Gegendemonstration wie am 10.11. stattfinden – würden Sie daran teilnehmen?

auf keinen Fall	eher nein	vielleicht	eher ja	auf jeden Fall
1,3%	0,7%	2,8%	6,3%	88,8%

Demographische Angaben

Alter

17-30 Jahre	31-45 Jahre	46-60 Jahre	61-75 Jahre	76 und älter
39,8%	30,0%	20,4%	7,2%	0,2%

Geschlecht

weiblich	männlich	anderes
55,6%	41,1%	1,0%

Politische Orientierung

sehr links	eher links	Mitte	eher rechts	sehr rechts
14,4%	66,7%	16,6%	0,4%	0,1%

Deskriptive Auswertung der Daten der Nichtteilnehmenden**Wie wichtig waren für Sie die folgenden Gründe dafür, nicht an der Gegendemonstration teilzunehmen?**

	überhaupt nicht	eher nicht wichtig	teils/teils	eher wichtig	sehr wichtig
Ich war aus persönlichen Gründen verhindert.	20,8%	5,4%	6,3%	13,9%	53,6%
Ich nehme grundsätzlich nicht an Demonstrationen teil.	53,8%	9,7%	15,3%	12,2%	9,1%
Ich konnte mich mit den Teilnehmenden der Gegendemonstration nicht identifizieren.	61,1%	9,0%	9,0%	4,4%	16,2%
Das zu erwartende Polizeiaufgebot hat mich abgeschreckt.	59,3%	10,9%	8,7%	11,2%	9,9%
Ich hatte Sorge vor Gewalt oder Krawallen durch die rechten Demonstrierenden.	37,0%	17,1%	16,5%	13,0%	16,5%
Ich hatte Sorge vor Gewalt oder Krawallen durch die Gegendemonstrierenden.	39,4%	15,3%	12,8%	11,3%	21,3%

An wie vielen Demonstrationen haben Sie in den letzten 12 Monaten teilgenommen?

0	1	2	3	4 oder mehr
57,1%	17,0%	15,5%	4,5%	6,0%

Von wie vielen Personen aus Ihrem persönlichen Umfeld wissen Sie, dass sie an der Gegendemonstration am 10.11. teilgenommen haben?

0	1-5	6-10	11-15	16 oder mehr
21,7%	34,2%	22,0%	9,8%	12,2%

Was glauben Sie, wie effektiv war die Gegendemonstration am 10.11. darin, die folgenden Ziele zu erreichen?

	überhaupt nicht effektiv	eher nicht effektiv	teils/teils	eher effektiv	sehr effektiv
Ein Zeichen gegen Rechtsextremismus zu setzen.	10,7%	6,8%	14,0%	25,6%	42,9%
Ein Zeichen für ein buntes und weltoffenes Bielefeld zu setzen.	11,3%	7,1%	11,9%	21,1%	47,9%
Menschen zu verbinden, die gemeinsame politische Ziele verfolgen.	12,5%	11,0%	26,2%	25,0%	25,0%
Öffentliche Aufmerksamkeit zu schaffen.	4,5%	5,7%	9,5%	26,8%	53,6%

Die folgenden Fragen beziehen sich auf Ihre Wahrnehmung der Polizei, die am 10.11. vor Ort eingesetzt war.

Als wie angemessen haben Sie die Anzahl der eingesetzten Polizeibeamten empfunden?

viel zu wenige Beamte	eher zu wenige Beamte	teils/teils	eher zu viele Beamte	viel zu viele Beamte
2,1%	6,5%	51,2%	19,3%	20,8%

Als wie angemessen haben Sie die verwendete Ausrüstung der Polizei (z.B. Wasserwerfer, Räumfahrzeuge, Reiterstaffeln) empfunden?

viel zu wenig Ausrüstung	eher zu wenig Ausrüstung	teils/teils	eher zu viel Ausrüstung	viel zu viel Ausrüstung
3,0%	5,1%	38,7%	19,9%	33,3%

Haben Sie den Eindruck, dass die Polizei während der Demonstration neutral war oder auf einer Seite stand? Die Polizei...

...stand eindeutig aufseiten der Gegendemonstranten	...stand eher aufseiten der Gegendemonstranten	...war neutral	...stand eher aufseiten der rechten Demonstration	...stand eindeutig aufseiten der rechten Demonstration
1,8%	3,6%	49,4%	32,1%	13,1%

Würden Sie sagen, dass sich Ihr Vertrauen in die Polizei durch die Ereignisse rund um den 10.11. verändert hat? Durch die Ereignisse hat sich mein Vertrauen in die Polizei...

...stark verringert	...eher verringert	...nicht verändert	...eher erhöht	...stark erhöht
9,8%	18,8%	56,5%	9,2%	5,7%

Inwiefern stimmen Sie den folgenden Aussagen zu oder lehnen diese ab? Sie beziehen sich auf Ihre Wahrnehmung der Polizei, der Teilnehmenden der rechten Demonstration und der Gegendemonstrierenden.

Wahrnehmung der Polizei

	stimme überhaupt nicht zu	stimme eher nicht zu	teils/teils	stimme eher zu	stimme voll und ganz zu
Ich glaube, die Polizei hat die Teilnehmenden der Gegendemonstration beschützt.	14,6%	25,9%	29,5%	16,1%	13,1%
Ich glaube, die Polizei hat die Teilnehmenden der Gegendemonstration eingeschüchtert.	18,5%	14,0%	17,6%	30,4%	19,3%
Ich glaube, die Polizei hat die Teilnehmenden der Gegendemonstration in ihren Möglichkeiten, zu demonstrieren, eingeschränkt.	22,9%	8,6%	11,9%	26,5%	29,8%
Ich glaube, die Polizei hat die Teilnehmenden der Gegendemonstration in ihrer Versammlungsfreiheit eingeschränkt.	29,8%	11,3%	17,9%	20,2%	20,2%

Wahrnehmung der rechten Demonstration

	stimme überhaupt nicht zu	stimme eher nicht zu	teils/teils	stimme eher zu	stimme voll und ganz zu
Ich glaube, dass von den Teilnehmenden der rechten Demonstration ein hohes Gewaltpotenzial ausging.	10,7%	12,8%	21,7%	27,4%	27,4%
Ich finde es angemessen, die Teilnehmenden der rechten Demonstration als „Rechtsextreme“ zu bezeichnen.	6,0%	4,5%	9,8%	11,6%	68,2%
Ich empfinde die Teilnehmenden der rechten Demonstration als Gefahr für den gesellschaftlichen Frieden.	8,9%	6,5%	7,1%	17,3%	60,1%
Veranstaltungen wie die rechte Demonstration sollten in Zukunft verboten werden.	30,1%	14,0%	17,3%	14,6%	24,1%

Wahrnehmung der Gegendemonstration

	stimme überhaupt nicht zu	stimme eher nicht zu	teils/teils	stimme eher zu	stimme voll und ganz zu
Ich glaube, dass von den Teilnehmenden der Gegendemonstration ein hohes Gewaltpotenzial ausging.	28,9%	25,6%	19,6%	17,0%	8,9%
Ich finde es angemessen, die Teilnehmenden der Gegendemonstration als „Linksextreme“ zu bezeichnen.	51,8%	19,6%	11,6%	8,6%	8,3%
Ich empfinde die Teilnehmenden der Gegendemonstration als Gefahr für den gesellschaftlichen Frieden.	61,0%	14,3%	11,6%	6,5%	6,5%
Veranstaltungen wie die Gegendemonstration sollten in Zukunft verboten werden.	80,7%	6,3%	6,5%	2,7%	3,9%

Inwiefern stimmen Sie den folgenden Aussagen zu oder lehnen diese ab? Sie beziehen sich auf Ihre Wahrnehmung von sich selbst und Ihre Erfahrungen während der Ereignisse am 10.11.2018.

	stimme überhaupt nicht zu	stimme eher nicht zu	teils/teils	stimme eher zu	stimme voll und ganz zu
Bielefelder_in zu sein ist ein wichtiger Teil meiner Identität.	16,7%	18,2%	20,5%	23,5%	20,8%
Ich fühle mich mit den Gegendemonstrierenden verbunden.	15,5%	7,1%	7,4%	24,1%	45,2%
Ich vertraue darauf, dass die Polizei Straftaten, die von rechten Demonstrierenden begangen wurden, konsequent verfolgt.	9,2%	18,5%	12,8%	17,3%	42,3%
Ich vertraue darauf, dass die Polizei Straftaten, die von Gegendemonstrierenden begangen wurden, konsequent verfolgt.	3,6%	6,8%	17,0%	27,4%	44,9%
Wenn ich daran denke, wie die Polizei sich Gegendemonstrierenden gegenüber verhalten hat, macht mich das wütend.	28,3%	10,4%	18,2%	23,2%	19,9%
Die Tatsache, dass es nicht zu Ausschreitungen gekommen ist, zeigt, dass die Polizei alles richtig gemacht hat.	16,1%	19,0%	19,9%	18,8%	26,2%
Seit Ereignissen wie denen rund um den G20-Gipfel in Hamburg sind Polizeiaufgebote wie das am 10.11. notwendig, um Ausschreitungen zu verhindern.	21,1%	15,5%	17,3%	17,6%	28,6%
Ich kann Menschen verstehen, die nach den Erfahrungen bei der Gegendemonstration in Zukunft zu radikaleren Formen von Protest greifen wollen.	53,3%	13,7%	14,9%	11,9%	6,3%

Angenommen, in der nächsten Woche würde noch einmal eine Gegendemonstration wie am 10.11. stattfinden – würden Sie daran teilnehmen?

auf keinen Fall	eher nein	vielleicht	eher ja	auf jeden Fall
22,0%	9,2%	12,5%	16,7%	39,6%

Demographische Angaben**Alter**

17-30 Jahre	31-45 Jahre	46-60 Jahre	61-75 Jahre	76 und älter
45,8%	32,1%	14,6%	6,0%	0,3%

Geschlecht

weiblich	männlich	anderes
52,1%	45,8%	0,6%

Politische Orientierung

sehr links	eher links	Mitte	eher rechts	sehr rechts
8,3%	48,5%	36,3%	4,5%	0,6%

Anhang B – Codetabellen zur Auswertung der offenen Kommentare

Codetabelle zur Auswertung der Teilnehmenden-Kommentare

Code	Anzahl Codierungen
Kritik am Einsatz der Polizei	206
Einschränkung der Bewegungsfreiheit durch Polizei	155
Kritik an der Streckenführung	126
Lob gegenüber Polizei	58
Einschüchterung durch Polizei	48
Kritik an einzelnen Beamt_innen	45
Verständnis Einsatz	44
Persönliche Erfahrungen	35
Kritik an Fragebogen	32
Kritik Gegendemonstrierende	21
Polizeigewalt	21
Lob Gegendemonstrierende	20
Kritik rechte Demonstrierende	12
Medien	12
Bedrohung durch rechte Demonstrierende	9
Kritik an rechter Demonstration	8
Kritik an Gegendemonstration	6
Verständnis rechte Demonstration	6
Verständnis Beamt_innen	5
Bedrohung durch Gegendemonstrierende	4
Gesamt	873

Codetabelle zur Auswertung der Nichtteilnehmenden-Kommentare

Code	Anzahl Codierungen
Kritik am Einsatz der Polizei	26
Kritik an Fragebogen	20
Einschränkung der Bewegungsfreiheit durch Polizei	16
Verständnis Einsatz	11
Kritik Gegendemonstrierende	10
Kritik an rechter Demonstration	8
Medien	8
Verständnis rechte Demonstration	8
Lob gegenüber Polizei	5
Einschüchterung durch Polizei	4
Kritik an der Streckenführung	4
Verständnis Beamt_innen	3
Kritik an Gegendemonstration	2
Lob Gegendemonstrierende	2
Persönliche Erfahrungen	2
Kritik rechte Demonstrierende	1
Bedrohung durch Gegendemonstrierende	0
Bedrohung durch rechte Demonstrierende	0
Kritik an einzelnen Beamt_innen	0
Polizeigewalt	0
Gesamt	130

Impressum

Verantwortlich für den Inhalt der Studie

Institut für interdisziplinäre Konflikt- und Gewaltforschung
Universitätsstraße 25
33615 Bielefeld

Mitarbeit

Michael Papendick

Wissenschaftlicher Mitarbeiter
michael.papendick@uni-bielefeld.de

Jonas Rees

Wissenschaftlicher Mitarbeiter
jonas.rees@uni-bielefeld.de

Yann Rees

Wissenschaftlicher Mitarbeiter
y.rees@uni-bielefeld.de

Franziska Wäschle

Wissenschaftliche Hilfskraft
franziska.waeschle@uni-bielefeld.de

Andreas Zick

Institutsleitung
sekretariat.ikg@uni-bielefeld.de